

Oesterreich-Ungarn verzichtet auf Gebietserwerb von Rußland.

Nach dem Vorgange der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ veröffentlicht nun auch das „Wiener Fremdenblatt“, das Organ des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Neußern, eine „Antwort an die Arbeiter“, die folgendes sagt:

Wie aus den Blättern zu ersehen ist, sind die österreichischen, ungarischen und deutschen Sozialdemokraten, von dem Wunsche geleitet, zur Beendigung des furchtbaren Weltkrieges das ihrige beizutragen, aus eigenem Antriebe zusammengesetreten, um die Frage zu erörtern, ob durch eine internationale sozialistische Beratung die Sache des Friedens gefördert und der Weg zu einem Friedensschluß geebnet werden könnte. Im Anschluß an diese in Berlin abgehaltenen Besprechungen hat die deutsche Sozialdemokratie in der „Internationalen Korrespondenz“ die Frage an die Regierung gerichtet, ob diese bereit sei, offiziell zu erklären, daß sie auf Annektionen verzichte, und in der Resolution, die in Berlin unter Zustimmung der Vertreter aus Oesterreich und Ungarn gefaßt wurde, ist als wichtigste Pflicht der Partei bezeichnet worden, die Regierungen zum klaren Verzicht auf jede Eroberungspolitik zu veranlassen.

Eine Erklärung über diesen Punkt wäre nun eigentlich überflüssig, da die verschiedenen Neußerungen der österreichisch-ungarischen Regierung die gewünschte Antwort schon enthalten haben. Wenn die Öffentlichkeit aber eine neuerliche Erklärung hören möchte, so kann ihr gesagt werden, daß unsere Monarchie absolut keine aggressiven Pläne gegen Rußland hat und auch nicht beabsichtigt, ihr Gebiet auf dessen Kosten zu erweitern.

Von sozialdemokratischer wie von jeder anderen Seite wird man gewiß anerkennen, daß die österreichisch-ungarische Regierung damit in vollkommen offener und freimütiger Weise und ohne Umschweife gesprochen hat.

Das Ausland darf in dieser Stellungnahme der österreichisch-ungarischen Regierung kein Zeichen von Schwächegefühl erblicken, wie hiermit ausdrücklich konstatiert werden mag, da die feindliche Presse, um die Wirkung unserer Friedenskundgebung zu durchkreuzen und ihren Sinn zu entstellen, das dem Publikum der Ententeländer als Beweis der Abnahme unserer Widerstandskraft vorzuführen liebt. Die gegen uns kämpfenden Truppen würden sich, wenn sie solchen Darstellungen Glauben schenkten, in einem verhängnisvollem Irrtum befinden. Wir haben immer wieder betont, daß wir einen Verteidigungskrieg führen, und daß wir ihn so lange fortsetzen werden, bis wir unseren Zweck erreicht haben, der darin besteht, daß wir uns Sicherheit für unsere künftige Existenz schaffen. Mit kräftigen, überzeugenden Worten führt das Blatt aus, daß wir nicht nur entschlossen sind durchzuhalten, sondern daß wir uns auch militärisch und wirtschaftlich stark genug fühlen, um den Kampf auszuweichen, um die Feinde, die uns zu diesem nötigen, niederzuzwingen. Wenn wir uns bereitgefunden haben, ein Friedensangebot zu machen, so ist es geschehen, weil wir nutzlose Menschenschlächterei verhindern und alles aufbieten wollen, um die kostbaren Menschenleben, die die Fortführung des Krieges verschlingen muß, zu erhalten.

Von uns ist den Sozialdemokraten kein Hindernis in den Weg gelegt worden, auf einem internationalen Parteitag über den Frieden zu sprechen. Im Gegenteil, wir haben, soweit es an uns gelegen war, die Wege zu dieser Aussprache geebnet. Das monarchische und angeblich reaktionäre Oesterreich-Ungarn und das politisch angeblich rückständige Deutsche Reich haben ihren Sozialdemokraten gestattet, hinauszugehen und über den Frieden zu sprechen, während es bisher noch mehr als fraglich ist, ob das moderne, freiheitliche Rußland den Vertretern seiner Sozialdemokratie erlauben wird, sich gleichfalls einzufinden, und noch fraglicher, ob England, das sich als oberster Repräsentant aller demokratischen Grundsätze ausgibt, und ob das republikanische Frankreich sich dazu herbeilassen werden.

Wir finden die Auslassung des österreichisch-ungarischen Ministeriums für noch weniger glücklich, als die der „Nordd. Allg. Ztg.“. Während die deutsche Regierung nach tausend Kriegstagen in der entscheidenden Frage sich zu keinem klaren Ja oder Nein entschließen kann und zwischen dem nationalen Siegeswillen und dem sozialdemokratischen Verlangen nach einem internationalen Versöhnungsfrieden auf der Grundlage des Verzichtes eine zweifelhafte Schiedsrichterrolle einnehmen zu können glaubt, hat die österreichisch-ungarische Regierung den sozialdemokratischen Forderungen bereits nachgegeben und, bevor noch das neue Rußland eine ernste Friedensbereitschaft zeigte, den Verzicht auf jede Entschädigung durch Gebietserwerbung ausgesprochen. Daß sie damit der Sache des Friedens gebietet hat, möchten wir bezweifeln; denn der für Oesterreich ausgesprochene Verzicht erschwert die Friedensschließung der anderen Verbündeten und damit auch für Oesterreich selbst. Unsere Abrechnung mit Rußland ist anderer Art als die

Oesterreichs, da wir den erkämpften Grenzschutz nicht aufgeben können, ohne unsere Sicherheit aufzugeben, und ebenso haben Bulgarien und die Türkei Kriegsziele, die sich mit dem sozialdemokratischen Verzicht nicht einfach decken. Vom Südosten schweigt die Wiener Erklärung wohlweislich und betont auch, daß seine völlige Verzichtleistung nach der russischen Seite hin nur für Oesterreich-Ungarn verbindlich sei. Sie wird aber nicht verhindern können, daß ihr Angebot bei der ganzen Entente als Eingeständnis der Schwäche, wenn nicht als Schlimmeres gedeutet wird, und die nun schon zum Ueberdruß wiederholte Versicherung, daß man nicht aus Schwäche, sondern nur aus Friedensliebe handle, wird wenig überzeugend wirken. Jedes Anzeichen von Schwäche oder auch nur die fahrlässige Erweckung eines solchen Eindruckes wirkt kriegverlängernd, da es den Kriegswillen unserer Feinde und ihre Hoffnung auf den doch noch zu erlangenden Endsieg steigert. Die gerühmten Reisen der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten ins Ausland, um sich mit den internationalen Genossen zu verständigen, haben bisher ebensowenig zu einem Ziele oder auch nur zu der Hoffnung auf ein Ziel geführt, als die Reisen und Bemühungen anderer, nichtsozialdemokratischer Leute. Das neue Angebot der österreichisch-ungarischen Regierung wird vermutlich ebenso zwecklos sein. Leute, denen man nachläßt, sind gewöhnlich etwas harthörig, und wer immer nur versichert, daß er nichts haben wolle, dem wird leicht etwas genommen werden. Wir glauben daher nicht, daß das Angebot der Wiener Regierung in Petersburg die freundliche Aufnahme findet, die sie erwartet, wohl aber, daß es den Machtdünkel der neuen Regierung und der ganzen Entente steigert und sie zu einer Verkennung der Lage verleitet, die sich in neuen unerträglichen und unmöglichen Forderungen äußern wird. Einen Schritt zum Frieden vermögen wir in der Kundgebung der Wiener Regierung nicht zu erblicken, wohl aber ein sehr bedenkliches Experiment, das vielleicht hätte vermieden werden können, wenn wenigstens in Berlin ein klarer und fester Wille vorhanden gewesen wäre und sich führend geäußert hätte. Nach der bedauerlichen Wiener „Antwort an die Sozialdemokratie“ müssen wir hoffen, daß es nun die Reichsregierung endlich an der Zeit hält, Farbe zu bekennen und mit Hindenburg zusammen den Willen zum Durchhalten bis zum Siege zu bekennen, der mit der Scheidemannschen Lösung eines Friedens ohne Entschädigung und Vandalenwerb, aber mit der Demokratisierung Deutschlands nach Wilsons Gebot, unvereinbar ist.

S. R.